

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 8

Artikel: Das Dilemma des französischen Sozialismus
Autor: Breton, Pierre
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

K i n d :

Vom Großpapa.

L e h r e r :

Nicht doch! Woher hat's denn der Großpapa bekommen?

K i n d :

Der hat's genommen.

(Goethe, Gedichte, Epigrammatisch, Erste Reihe)

PIERRE BRETON

Das Dilemma des französischen Sozialismus

Paris, im Juli 1949

Die starke Mehrheit, mit der der 41. Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs das Verbleiben in der gegenwärtigen Regierungskoalition beschloß, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem Ergebnis lange, ausführliche und teilweise heftige Diskussionen vorausgingen. Seit Kriegsende stand auf jedem sozialistischen Parteikongreß die Regierungsbeteiligung im Mittelpunkt der Diskussion. Die Frage wurde von jedem Kongreß entschieden bejaht. Am diesjährigen Kongreß standen sich drei Richtungen gegenüber, die ihre Meinungen den Delegierten zur Entscheidung vorlegten.

Seit Kriegsende war die französische Partei in jeder Regierung vertreten. Ihre Teilnahme an der ersten Regierung de Gaulle sofort nach der Befreiung war gegeben. Nach dem Ausscheiden de Gaulles aus der Regierung bildeten die Sozialisten einen der Pfeiler der Dreiparteien-Regierung mit Kommunisten und Volksrepublikanern. Die dritte Periode der Regierungsteilnahme sah die Sozialisten allein mit den Volksrepublikanern und einigen radikal-sozialistischen Elementen an der Regierung. Die Kommunisten waren in die Opposition übergegangen. Der rasche Aufschwung der gaullistischen Partei, die aggressiven kommunistischen Streiks bedrohten nicht nur die Regierung, sie stellten eine Gefahr für den Bestand der Republik dar. Die drei verschiedenen Anträge, die dem Kongreß vorlagen, zogen alle auf ihre Weise die Bilanz der bisherigen Regierungstätigkeit.

Der Antrag der Mehrheit der Parteileitung – der mit 1663 Mandaten angenommen wurde – stellt einleitend fest, daß es der Sozialistischen Partei durch die Regierungsteilnahme gelungen ist, die Republik vor den zwei Ge-

fahren von links und rechts zu retten. Weder konnten die Kommunisten den wirtschaftlichen Wiederaufbau paralisieren, noch gelang es den Gaullisten, die Macht zu ergreifen. Beide haben einen Mißerfolg erlitten. In dieser Tatsache liegt der ganze Sinn unserer Regierungsbeteiligung offen. Wir haben die Feinde der Republik an ihren Absichten verhindert, wir konnten aber unsere eigenen Ziele nicht durchsetzen. Die Verteidigung der Republik beschränkt sich nicht bloß auf die Rettung ihrer politischen Einrichtungen, sie ist bedingt durch die Erhaltung der sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die sich die Arbeiterschaft erobert hat, durch eine soziale Gerechtigkeit, eine bessere Verteilung des Nationaleinkommens. Der Rücktritt der Sozialisten aus der Regierung würde diese Errungenschaften in Gefahr bringen, der Reaktion die Türe zu Abenteuern öffnen.

Die von den ehemaligen Ministern André Philip und Edouard Depreux eingebrachte Resolution, die 852 Mandate auf sich vereinigte, wollte eine Regierungsbeteiligung der Partei nur unter bestimmten Bedingungen zulassen. Die Schwäche dieser Richtung liegt gerade darin, daß sie nicht imstande war, diese Bedingungen zu präzisieren. In eine Koalitionsregierung kann man nicht mit einem vollen sozialistischen Programm eintreten. Philip und Depreux vermochten leider nicht die etappenweise Verwirklichung sozialistischer Forderungen in einer Koalitionsregierung darzulegen. Sie hat mit der Resolution Boutbien gemein, daß sie nichts aussagt über die Bildung einer Regierung ohne Sozialisten.

Die dritte Richtung, die den sofortigen Rücktritt der Partei aus der Regierung forderte, wurde vertreten durch Léon Boutbien und erhielt 423 Mandate. Sie glaubt, daß die bisherigen Erfahrungen der Regierungsbeteiligung genügen, um sie grundsätzlich abzulehnen. Um Kommunisten und Gaullisten am Erfolg zu verhindern, geht die Partei Bündnisse mit der klassischen Rechten ein, die der Partei teuer zu stehen kommen. Boutbien möchte sich am Ende der Legislaturperiode in der Opposition befinden, die der Partei erlauben würde, wieder Einfluß in den Arbeitermassen zu erringen. Die Abnützung der Partei in der bürgerlichen Regierung führt die Partei in den Abgrund und bringt die Republik in die Gefahr.

Alle drei Anträge, die sich auf dem Kongreß gegenüberstanden, enthalten dasselbe Dilemma: Die Regierungsteilnahme der Sozialisten verhindert kommunistische oder gaullistische Abenteuer, sie gefährdet aber gleichzeitig den Bestand der Partei. In seinem politischen Bericht hat der Generalsekretär Guy-Mollet darauf hingewiesen, daß im verflissenen Jahre der Mitgliederbestand um rund 100 000 gesunken ist. Die Zahl der Wähler für die Partei ist in einem bedenklichen Ausmaß zurückgegangen. Als einziges politisches

Organ mußte der «Populaire», das Zentralorgan der Partei, auf Kleinformat reduziert werden, und er hat zahlreiche Abonnenten und Leser verloren. Dabei beweisen alle Statistiken und die Resultate zahlreicher Teilwahlen, daß weder Kommunisten noch Gaullisten Gewinner dieser sozialistischen Verluste sind. Der Abwehrkampf der Sozialistischen Partei gegen zwei Fronten hat sie geschwächt, sie gezwungen, mit bürgerlichen Gruppierungen Bündnisse zu schließen, die heute sich stark genug fühlen, um als erstes Angriffsziel die sozialen Errungenschaften der Vierten Republik abzubauen. Es ist heute nicht die Sozialistische Partei, es sind nicht die katholischen Volksrepublikaner, auch nicht die Radikalsozialisten um Herrn Queuille, die die Politik bestimmen. Es ist vielmehr Paul Reynaud, als Sprecher des französischen Kapitals und der Unternehmerorganisationen, der in den Kulissen das Spiel dirigiert. Hat die Anwesenheit der Sozialisten in den Regierungen der Vierten Republik die kommunistischen Aktionen und die gaullistischen Hoffnungen auf rasche Machtergreifung zerstört, so hat sie nicht verhindern können, daß die klassische französische Rechte gewaltig an Boden gewonnen hat. Paul Reynaud, der Führer der Demokratisch-republikanischen Union, René Pleven, Pierre Etienne Flandin, der wieder Präsident der Alliance Démocratique geworden ist, sind die Führer dieser Rechten. Wenn Flandin offiziell noch keine Rolle spielt, weil er als Vichy-Anhänger vorläufig nicht wählbar ist, so ist sein Einfluß darum nicht geringer. Diese bedrohliche Entwicklung wird natürlich von der Sozialistischen Partei nicht unterschätzt. Ob sie durch den Rücktritt der Partei aus der Regierungskoalition aufgehalten werden kann, ist eine andere Frage. Solange das politische Kräfteverhältnis in Frankreich Kommunisten und Gaullisten zu den zwei stärksten Parteien des Landes macht, solange besteht für die Sozialistische Partei die Zwangslage des Abwehrkampfes gegen zwei Fronten, die beide die Republik bedrohen.

Diese Zwangslage – Verteidigung der Republik gegen links und rechts – bestimmte die Taktik der Partei. Die Anzeichen mehren sich, daß die politische Konstellation sich langsam, aber gründlich ändert. Die Entspannung der internationalen Lage, die innere Krise der gaullistischen Bewegung, der Stillstand der Kommunistischen Partei werden der Partei erlauben, aus der Defensive hervorzutreten und die speziellen sozialistischen Ziele ihres Programms in den Vordergrund zu rücken. Die Notwendigkeit, die republikanischen Einrichtungen in erster Linie zu verteidigen, ihre Errungenschaften zu wahren, hat von der Sozialistischen Partei schwere Opfer verlangt. Die Festigung der Republik wird der Partei Gelegenheit geben, sich für die kommenden Kämpfe besser zu rüsten, aus dem Amboß Hammer zu werden.